Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3294. • Expedition: Amt Lützow 3243.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Markzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Mahrekkamzeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 105. [52. Jahrgang.] Dienstag den 6. Mai 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 105.

Berlin, den 5. Mai.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Aus Cetinje.

Cetinje, 5. Mai. (Agence Havas.) Der Ministerrat trat gestern zu einer Sitzung zusammen und schlug der Krone vor, betreffs Skutari selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts nicht nachzugeben. Da die Krone diesen Vorschlag zurückwies, gab das Kabinett seine Demission.

Paris, 5. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Cetinje fand gestern unter dem Vorsitz des Königs Nikolaus eine außerordentliche Beratung statt, an der alle Minister und Generale teilnahmen. Die Mehrheit der Generale habe sich dafür ausgesprochen, daß die Regierung die Forderungen der Mächte betreffend Skutari erfüllen möchte. Das Ministerium habe seine Demission gegeben. Es werde dies allgemein als ein Beweis dafür angesehen, daß die Anhänger der Räumung Skutaris das Uebergewicht behalten hätten.

Nach einer anderen Meldung habe der russische Gesandte in Cetinje im Auftrage Sasonows von neuem mit der größten Entschiedenheit den König Nikolaus zur Nachgiebigkeit gedrängt, der König habe auch endlich eingesehen, daß ein weiterer Widerstand unnütz und gefährlich sei.

Oesterreich-Ungarn und Italien.

Wien, 4. Mai. Die Blätter betonen, die morgige Sitzung der Botschaftervereinigung bedeute für Oesterreich-Ungarn nicht mehr die Möglichkeit neuer Entscheidungen. Sowohl die Bestimmung eines geeigneten Zeitpunkts für ein etwaiges aktives Eingreifen sowie die Art und Weise der Durchführung der Aktion müsse der Entscheidung der meistinteressierten Mächte vorbehalten bleiben. — Das „Neue Wiener Tagblatt" erklärt: Wenn infolge des Widerstandes Montenegros und der Verweigerung der Teilnahme der übrigen Mächte eine gesonderte Aktion unternommen wird, so wird sie naturgemäß die Herstellung des Rechtszustandes zur Aufgabe haben, den Europa für das neue Albanien festgesetzt hat. Alle anderslautenden Nachrichten über den Zweck der Aktion beruhen durchweg auf Kombinationen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. — Die Blätter erfahren aus wohlunterrichteten diplomatischen Kreisen, in den Verhandlungen Oesterreich-Ungarns mit Italien wegen einer gemeinsamen Aktion in Albanien handle es sich nur mehr um Detailfragen, da bezüglich der prinzipiellen Fragen bereits ein Einvernehmen erzielt worden sei. Es gelte aber für sicher, daß ein vollständiges Einvernehmen über alle schwebenden Fragen bald zustande kommen wird.

Wien, 4. Mai. Die „Tribuna" schreibt:

Bis jetzt hat man keinen Grund, sicher anzunehmen, daß die Diplomatie für die morgige Sitzung der Botschaftervereinigung in London schon ein Mittel in Bereitschaft hätte, um das Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Montenegro zu verwehren. Man muß wünschen, daß es Rußland gelingt, den König Nikolaus zu bewegen, morgen in London eine Note zu überreichen, die die Botschaftervereinigung endgültig entwaffnet. In dieser Richtung liegt ein Vorschlag vor, als Garantie für die Räumung von Skutari durch Montenegro ein internationales Landungskorps dort einrücken zu lassen. Die Nachrichten über die innere Lage Albaniens werden immer ernster: es herrscht dort volle Anarchie. Die Soldaten Essad und Dschawid Paschas sollen dort mit Raub und Mord hausen; auch muselmanische Truppen, die aus Mazedonien vertrieben sind, sollen in dem noch nicht festgesetzten Grenzgebiet von Albanien von Gewalttat und Diebstahl leben. Die Abfichten Dschawid Paschas, der vor drei Tagen von der Pforte Befehl erhalten hat, Albanien zu räumen, sind noch völlig unbekannt. In London geht ein Gerücht, daß Essad Pascha mit dem dort befindlichen Kemal Bei verhandle. Natürlich würde die Abfahrt Dschawid Paschas den Einvernehmen Italiens und Oesterreich-Ungarns viel von ihrer Bedeutung nehmen, selbst wenn sie sich nicht ganz entbehrlich machen sollte.

Die „Tribuna" schließt: Endgültiges kann man erst morgen abend nach der Londoner Botschafterfitzung sagen. Aus Gründen des Prestige und aus militärischen Erwägungen ist es unzweifelhaft, daß Oesterreich-Ungarn, wenn es nicht sicher ist, daß Montenegro nachgibt, nicht einen Tag mehr mit einem Ultimatum warten wird, das die Räumung Skutaris fordert.

Paris, 4. Mai. Das „Journal des Débats" führt aus:

Der österreichisch-italienische Plan zur Besetzung Albaniens ist das Ergebnis des Zauderns, welches in der klaglichen Betätigung der Flottendemonstration in den montenegrinischen Gewässern und in der langsamen Durchführung der einmütigen Entscheidung in der Skutarifrage seinen Ausdruck findet. Man müßte naiv sein, um zu glauben, daß Oesterreich-Ungarn die günstige Gelegenheit nicht ergreifen werde, um auf dem Balkan festen Fuß zu fassen, und daß Italien diesem Beispiel nicht folgen werde. Die anderen Großmächte werden bloß Albaniens wegen keinen Krieg führen. Die Mächte der Tripleentente haben jedoch eine unverzügliche Pflicht zu erfüllen. In der morgigen Botschafterkonferenz müssen die Vertreter Frankreichs und Englands in der Lage sein, zu erklären, daß die Befehlshaber der beiden in den montenegrinischen Gewässern befindlichen französischen und englischen Schiffe ermächtigt sind, Truppen in Antivari und Lissa zu landen und erforderlichenfalls nach Skutari zu senden. Der Augenblick ist gekommen, um der Durchführung eines internationalen Beschlusses zur Wahrung des Gleichgewichts auf dem Balkan und in Europa einen internationalen Charakter zu geben. Wenn König Nikolaus vollständig den Blick für die Interessen der Montenegriner und Serben verloren hat und die gemeinsame Intervention geradezu herausfordert, dann muß man überall und besonders in Petersburg begreifen, daß kein Augenblick mehr zu verlieren ist.

* * *

Rom, 4. Mai. Gegenüber der Meldung des „Tempo", daß Italien und Oesterreich-Ungarn über die Teilung Albaniens oder dessen Einteilung in Einflußzonen ein Abkommen geschlossen hätten, erklärt die „Agenzia Stefani" wiederholt, daß diese Meldung vollständig jeder Begründung entbehrt.

Rom, 4. Mai. Die „Tribuna" meldet, das italienische Expeditionskorps für Albanien, falls die Ereignisse eine Expedition überhaupt notwendig machen sollten, würde dem Oberbefehl des Generalleutnants Luigi Nava, des Korpskommandanten von Bologna, unterstellt werden.

Wien, 5. Mai. Die „Montagsrevue" meldet: Am Sonntag traf hier ein Telegramm ein, wonach der montenegrinische Kronrat am Sonnabend beschlossen hätte, in der am Donnerstag zusammentretenden Skupschtina die Räumung Skutaris zu beantragen. Dieser Beschluß war der gemeinsamen Regierung auch bekannt, ist jedoch so verklausuliert und insbesondere vom Könige und vom Kronprinzen mit solchen Vorbehalten versehen worden, daß er durchaus wertlos erscheint und die Entschlüsse Oesterreich-Ungarns in keiner Weise modifizieren kann.

Bei dem Minister des Aeußern Grafen Berchtold hat am Sonntag nachmittag ein gemeinsamer Ministerrat stattgefunden, an dem auch der Chef des Generalstabes Freiherr Conrad von Hötzendorf teilgenommen haben soll.

Eine englische Aeußerung.

London, 5. Mai. Die „Times" betonen, daß allein eine offizielle und unzweideutige Erklärung Montenegros, daß es sich ohne Vorbehalt dem Einhaltsbefehl der Mächte füge, die militärische Aktion der nächsten Tage suspendieren könne. Die Zeit für weitere Verschiebungen von seiten des Königs Nikolaus sei vorbei; die militärische Exekution durch Oesterreich und Italien stehe bevor; nur eine völlige, offene und sofortige Unterwerfung könne sie verschieben oder vielleicht ganz abwenden. „Wir hoffen", so schließt das Blatt, „ernstlich im Interesse Europas und aller Balkanstaaten und -völker und im Interesse von Montenegro selbst, seiner Dynastie und seines Souveräns, daß Montenegro sich unterwerfen wird, und zwar sofort."

* * *

London, 4. Mai. Auf dem Jahresbankett der Königlichen Akademie der Wissenschaften erklärte der Lordpräsident des Geheimen Staatsrats Viscount Morley, die Botschafter hätten eine der verschlungensten Verwicklungen entwirrt, der sich die europäische Diplomatie in dieser Generation gegenübergesehen habe, und ein vorzügliches Hilfsmittel dafür in der festen Politik der britischen Regierung gefunden. Wie er höre, bestehe aller Grund zu der Annahme, daß man am Montag vor einer Lösung stehen werde, der einmütig zugestimmt werden dürfte.

Zur Lage in Albanien.

Cetinje, 3. Mai. (Agence Havas.) Nach aus Alessio eingetroffenen Nachrichten kam es gestern vor Durazzo zwischen den Truppen Dschavid Paschas und Essad Paschas zu einem blutigen Kampfe, der mehrere Stunden dauerte. Dschavid Pascha wurde vollständig geschlagen, seine Truppen flüchteten nach verschiedenen Richtungen. Die Serben gaben Essad Pascha den Weg nach Durazzo frei, und ein Teil der Truppen Essad Paschas zog siegreich in die Stadt ein. Essad Pascha soll in Zentralalbanien Herr der Lage sein.

Athen, 4. Mai. Die Agence d'Athènes ist ermächtigt, die in einem Teile der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte von einem Einverständnis Griechenlands mit Essad Pascha amtlich und bestimmt zu dementieren. Es hätten niemals Beziehungen zwischen der griechischen Regierung und Essad Pascha bestanden, noch Verhandlungen stattgefunden, jetzt ebensowenig, wie während der Belagerung von Skutari.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 4. Mai. Der frühere Botschafter in Berlin Osman Nisami Pascha, der Arbeitsminister Hazaris sowie der Rechtsbeirat im Ministerium des Aeußern Reschid Bei wurden zu Bevollmächtigten der Pforte für die Friedensverhandlungen ernannt und werden wahrscheinlich am Dienstag abreisen.

Heute ist der Erlaß erschienen, durch welchen die Feigheit, die in Wirklichkeit bereits aufgehört hatten, bis zum Friedensschluß eingestellt werden. — Die Regierung hat beschlossen, eine Gebirgsarmerie zu bilden. — Griechenland hat eingewilligt, 1100 verwundete Türken von Janina nach Smyrna zu befördern.

* * *

Athen, 4. Mai. Mehrere griechische Dampfer sind von Saloniki abgegangen. Wie verlautet, sind 6000 mohammedanische Flüchtlinge an Bord, die in Scala Nova (Kleinasien) an Land gesetzt werden sollen.

An der Küste Kleinasiens.

Konstantinopel, 4. Mai. Nach einem im Kriegsministerium eingetroffenen Telegramm vom 1. d. M. wurde ein feindliches Kriegsschiff, als es sich der Reede von Gülnar an der Küste Kleinasiens näherte, durch die Küstenbatterien heftig beschossen. Das feindliche Schiff ging zurück und erwiderte das Feuer. Das Gefecht dauerte eine Stunde 23 Minuten. Das feindliche Schiff erlitt am Vorderteil und am Backbord Beschädigungen, seine Kanonen am Vorderteil und am Steuerbord wurden zum Schweigen gebracht.

Serbien und Bulgarien.

Nach einer Meldung der Agence Bulgare verlautet in eingeweihten Kreisen, Rußland habe in Sofia und Belgrad mitgeteilt, daß es, nachdem Serbien und Bulgarien sich über die Teilung der strittigen Gebiete nicht einigen könnten, die Schiedsrichterrolle übernehmen wolle.

Das bulgarische Regierungsblatt „Mir" schreibt dazu:

Wie wir erfahren, wird Rußland schon jetzt seine Rolle als Schiedsrichter zwischen Serbien und Bulgarien antreten können, indem es die Frage der Zuteilung der strittigen Zone und die eventuellen Differenzen bezüglich der Durchführung der Vertragsklauseln entscheidet. Dadurch wird der bedauerlichen erregten Polemik zwischen den Verbündeten und in Europa ein Ende bereitet werden. Diese Polemik ist durch die Erklärung des offiziösen Regierungsorgans hervorgerufen worden, daß Serbien Grund und Recht hätte, die Durchführung des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zu vereiteln. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, man werde in Belgrad in die Liquidierung der Situation einwilligen, indem den bulgarischen Behörden alle im Vertrage Bulgarien zugewiesenen Gebiete übergeben würden und Rußland Vollmacht erteilt werde, tunlichst bald die Zuteilung der strittigen Zone vorzunehmen.

Weiter wird gemeldet:

Saloniki, 4. Mai. Die bulgarischen Militärbehörden berufen alle wehrfähigen Leute der von den bulgarischen Armeen okkupierten Gebiete, selbst solche unter dem 20. Lebensjahre, ein. Die in Serres gegründete mazedonische Brigade zählt bereits 8000 Mann. Auf höheren Befehl mußten die bulgarischen Truppen die Häuser der Griechen in Serres, deren sie sich gewaltsam bemächtigt hatten, um sich Quartiere zu schaffen, wieder räumen und ein Freilager beziehen. Ein bulgarisches Bataillon ist im Tale von Amatowo in der Gegend von Langada eingetroffen.

Belgrad, 4. Mai. Die serbischen Delegierten, früherer Ministerpräsident Nowakowitsch und Präsident der Skupschtina Nikolitsch, begeben sich am Dienstag nach London. Sie werden den Botschaftern eine Denkschrift der serbischen Regierung über die proportionale Aufteilung der eroberten Gebiete unter den verbündeten Balkanstaaten überreichen.

Rundschau im Auslande.

Neue Reden Barthous.

Caen, 4. Mai. Auf einem Bankett der Stadtverwaltung hielt Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er die Notwendigkeit der Einigkeit des Republikaner betonte. Er verteidigte sich dann energisch gegen die Unterstellung, daß er zu politischen Zwecken das patriotische Gefühl oder die Schwierigkeiten der äußeren Lage hätte ausbeuten wollen. Die Ereignisse sprächen laut genug selbst für diejenigen, die nicht hören und sehen wollten und in untätigem Optimismus verharrten.

Der Balkankrieg habe das alte Gleichgewicht gestört. Die wohlverdienten Siege der Balkanstaaten hätten neue Probleme aufgestellt und die Berechnungen der Diplomatie zu nichte gemacht. Diese sei zum Gegenstand billiger Ironie geworden, aber die Dienste müßten hervorgehoben werden, die Botschaftervereinigung in London, die mit so vorzüglicher Festigkeit geleitet wurde, dem europäischen Frieden geleistet habe, einem entwendigen Frieden, den sie gesichert habe. Die Diplomatie habe sechs Monate durch gegenseitige Zugeständnisse die Einigkeit der Großmächte aufrechterhalten und kostbare Zeit gewonnen. Frankreich habe dabei die Rolle gespielt, die seinen Bündnis-, seinen Freundschaften wie seinem Willen, einen Konflikt zu vermeiden, passen mochte. Ohne die Rechte Frankreichs zu verletzen, habe die französische Diplomatie ihre europäische Pflicht getan und an den Anregungen oder Demonstrationen teilgenommen, die allein einen Bruch verhindern konnten, der Unsicherheit und Gefahren in sich trug. Sie werde auch dieser Haltung treubleiben, um einerseits den Beschlüssen, in denen das einmütige Europa seine Autorität und seine Würde festgelegt habe, Achtung zu verschaffen und um andererseits die endgültigen Bedingungen des Friedens auf dem Balkan schneller festzulegen.

Barthou stellte dann fest, es sei unmöglich, zu erklären, daß der Friede gegen jede Gefahr gesichert sei. Er betonte die Friedensliebe Frankreichs und fügte hinzu, Frankreich wolle den Frieden, aber einen Frieden, der seinem Stolz und seiner Würde entspräche, und nicht einen Frieden, der aus der Furcht geboren sei. Nun ihn zu sichern, sei es bereit, die Opfer zu bringen, die die Verteidigung verlangt. Das Land habe mit instinktivem Scharfblick bereits erkannt, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit eine Notwendigkeit sei. Die Regierung habe sich nur aus unabweislichen Gründen entschlossen, dem Lande ein Opfer von solcher Bedeutung aufzuerlegen, aus Gründen, die auch den dringendsten Nationalinteressen entstammten. Man müsse das Gesetz auf sich nehmen, sofern man sich nicht selbst dem Untergange preisgeben wolle. Es handle sich nicht darum, einer Art von ansteckendem Rüstungswahnsinn nachzugeben, sondern darum, sich zu verteidigen.

Barthou ging dann auf die Vorteile ein, die er von dem Gesetz über die dreijährige Dienstzeit erwartet, nämlich die Erhöhung der Effektivbestände, die Verbesserung der Ausbildung, die Kreigerhöhrung der Offensivkraft und die Verstärkung der gutausgebildeten und stets bereiten Deckungstruppen.

Das Gesetz werde die notwendige Antwort auf die anderwärts angenommenen Gesetze sein, durch die eine zahlenmäßige Unterlegenheit des französischen Heeres herbeigeführt werde. Zwischen dem französischen und dem deutschen Heere bestehe, selbst wenn man die bereits sicheren Steigerungen und das gegenwärtig in Deutschland besprochene Gesetz nicht berücksichtige, ein Unterschied von hundertachtzigtausend Mann. Das einzige Mittel, diesen Unterschied, der für die nahe Zukunft noch größer werden würde, zu beseitigen, sei die Sicherung eines ausreichenden, dauernden Effektivbestandes durch Verlängerung der Dienstzeit. Die anderen vorgeschlagenen Mittel seien nur unwirksame und der Lage nicht entsprechende Palliativmittel. Ohne sich hinter dem Obersten Kriegsrat, der sich einstimmig für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe, zu verschanzen, werde die Regierung sich mit ihrer Existenz für die Annahme des Entwurfs einsetzen. Die Regierung erfülle nur ihre Pflicht, wenn sie ferner ihren Willen kundgebe, daß die sofort freiwerdenden Jahrgang unter den Fahnen zu behalten. Dieses Opfer sei hart, aber nicht unerwartet, da es bereits in dem Artikel 33 des Gesetzes von 1905 vorgesehen sei. Die außerordentlichen Umstände, von denen dieser Artikel spreche, seien heute in den Augen der Regierung um so dringender, als sie einen dauernden Charakter angenommen hätten. Das ganze Land habe aus den jüngsten Ereignissen eine Lehre gezogen und die Notwendigkeit erfaßt, die Verteidigung zu verstärken, um seine Würde schützen zu können. Das Land wolle stark bleiben; denn man achte nur die Starken. Die Sophismen des Internationalismus hätten keinen Einfluß auf den bandheften gesunden Menschenverstand des Volkes. Barthou bedauerte dann, daß einige Beamten die Grenzen ihrer bürgerlichen Rechte überschritten und eine Kundgebung für eine eingehendere Beratung des Gesetzes unterzeichnet hätten. Die ungeheuere Mehrheit der Professoren und Lehrer sei jedoch nicht aus der durch die Umstände auferlegten Zurückhaltung herausgetreten.

Nach einigen Worten über die Laienschule, die Finanz- und Wahlreform schloß der Ministerpräsident, indem er sich von neuem an die Einigkeit der Republikaner wandte.

* * *

Caen, 5. Mai. Ministerpräsident Barthou hielt in der Schlußsitzung eines Lehrerkongresses eine weitere Rede, in der er der Lehrerschaft sein Lob aussprach und versicherte, daß die Laienschule angesichts der Angriffe, die gegen sie gerichtet würden, auf die Regierung zählen dürfe.

Ich freue mich, fügte Barthou hinzu, über die Anstrengungen, die unternommen werden, um die jungen Leute nach dem Schulbesuch für den Militärdienst vorzubereiten. Ich werde kein vollständiges Wort sprechen, wenn eine Anregung gegeben werden könnte, die im Gegensatz zu meinen Gefühlen und zu den Gefühlen der Regierung steht. Ich werde es wiederholen und nicht aufhören, es zu sagen, daß, wenn ganz Frankreich auf seine Interessen, seine Rechte und seine Würde ernstlich bedacht ist, so doch insbesondere am Frieden hängt. Frankreich kennt die Zerstörungen, die aus dem Krieg entstehen können, und würde den Krieg nur unter der Bedingung auf sich nehmen, daß er zur Erhaltung der territorialen Integrität oder der Würde des französischen Namens unumgänglich notwendig wäre. Entschiedene Anhänger des Friedens, werden wir heute wie gestern, morgen wie heute in den Kampf für unseren Vorgehen abklingen wird, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Wenn unglücklicherweise der Frieden bedroht wäre (ich spreche nicht von der Gegenwart, und man möge meinen Worten nicht eine Tragweite beilegen, die sie nicht haben), wenn ein Tag käme, wo das Interesse unseres Landes, seine Würde, sein Stolz, seine Ehre in der Welt es erfordern sollten, daß Frankreich eine Herausforderung ergehen läßt, so müßte Frankreich bereit sein. Frankreichs Niederlagen dürfen sich nicht wiederholen. Wir müssen bereit sein, wenn die Stunde kommt, unsere Pflicht als Franzosen zu erfüllen.

Barthou schloß mit einer Huldigung für Jeanne d'Arc, die reine lothringische Heldin, die das Vaterland gerettet habe, und die keiner Partei, sondern allen Franzosen gehöre.

* * *

Nach dem Ministerpräsidenten Barthou ergriff der Minister des Aeußeren Pichon das Wort und sagte: Frankreich, das von hervorragend friedlichem Sinne beseelt ist, soll als Bindeglied dienen zwischen Ländern, die durch die Ereignisse getrennt werden könnten, und die Rolle spielen, Mäßigung und Beruhigung herbeizuführen. Dies ist seine Aufgabe in dem Rate der europäischen Länder, wo Frankreich sich bemüht, wenn Unstimmigkeiten eintreten, Mittel und Wege zu finden, einen Bruch der Einigkeit unter den Mächten zu verhindern, der für alle Länder eine schwere Gefahr sein würde. Frankreich gibt die Hoffnung nicht auf, mit Hilfe der befreundeten Mächte zu einem guten Resultate zu kommen. Während einerseits Frankreich friedlich gesinnt ist, arbeitet es andererseits an seiner Verstärkung, um der allgemeinen Achtung sicherer zu sein. Frankreich hat, wenn seine nationalen Interessen betrifft, kein anderes Ziel, als das Erbteil der Vorfahren den kommenden Generationen unberührt zu überliefern.

* * *

Paris, 5. Mai. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein regierungstreuer Deputierter in einer der nächsten Kammersitzungen den Ministerpräsidenten über die in Caen angekündigte Zurückbehaltung der am 1. Oktober freiwerdenden Jahresklasse interpellieren werde. Dem Ministerpräsidenten werde hierdurch Gelegenheit geboten werden, sich über diese Frage eingehend zu äußern, um von der Kammer ein unzweideutiges Votum zu erlangen. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Kammer dieser geplanten Maßnahme ihre Zustimmung erteilen werde. Die Deputierten, die soeben mit ihren Wählern in Berührung getreten seien, hätten die Erkenntnis erlangt, daß die Bevölkerung von der Notwendigkeit des ihr auferlegten Opfers durchaus durchdrungen sei. Die Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit selbst dürfte kaum vor dem 20. d. M. beginnen.

Die amerikanische Tarifvorlage.

Washington, 4. Mai. Das Repräsentantenhaus hat von der Tarifvorlage die Zollsätze angenommen, welche Wolle und Seide betreffen. Ferner hat es die Zollsätze für Papier, Bücher und Diverse angenommen. Weiterhin wurde ein Zusatzantrag angenommen, der den Zoll auf Chiffons von 50 auf 60 Prozent des Wertes erhöht.

Auf die Einwendungen verschiedener Mächte gegen die Bestimmung der Tarifvorlage, die den auf amerikanischen Schiffen eingeführten Waren eine fünfprozentige Zollermäßigung gewährt, werden die Demokraten, wie verlautet, die beanstandete Bestimmung streichen.

England hat sich dem Protest anderer Nationen gegen die Verfügung angeschlossen, die für alle auf amerikanischen Schiffen eingeführten Waren den Zoll um 5 Prozent herabsetzen will.

Die Politik Brasiliens.

Rio de Janeiro, 4. Mai. Die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß stellt fest, daß die auswärtigen Beziehungen Brasiliens ausgezeichnet sind. Sie hebt hervor, daß die Aufrichtigkeit der Politik und immer enger werdende Bande Brasilien und Argentinien vereinigen. Weiter weist sie auf die Notwendigkeit hin, das Werk Rio Brancos, namentlich die Grenzberichtigung, zu vollenden. Die Regierung wende alle ihre Sorgfalt dem Unterrichtswesen zu. Sie erachte den Bau eines Kriegshafens und eines Arsenals für dringend erforderlich, um den Bedürfnissen der Flotte entgegenzukommen, und weist auf die Notwendigkeit hin, die Armee zu vermehren. Der Außenhandel Brasiliens hat im Jahre 1912 138 073 780 Pfund Sterling betragen, das sind 1 841 387 Pfund mehr als 1911. Die Regierung wird dem Kongreß demnächst eine Vorlage über die Reform des Zolltarifs unterbreiten. Die Lage des Landes erfordert Aufmerksamkeit und äußerste Vorsicht in den Ausgaben. Die finanziellen Bedingungen müssen unter allen Umständen normal werden. Die Ausgaben dürfen nicht erhöht und nichts darf ausgegeben werden, was das Budget nicht vorsieht. Die Staatseinnahmen Brasiliens sind weiter gewachsen, aber nicht genügend, um die finanzielle Lage zu regeln, da die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Die gesundheitlichen Verhältnisse sind ausgezeichnet. Die Botschaft weist sodann auf die von dem Ackerbauminister durchgeführten Aufgaben hin, namentlich auf das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, die Versuchsfelder und die landwirtschaftliche Schutzaufsicht, insbesondere im Kautschukbau, sowie auf die Indianerschutzgesetzgebung. Schließlich erwähnt die Botschaft auch die ausgezeichneten Ergebnisse der Einwanderung.

Kleinere politische Nachrichten.

Nach einer Meldung aus Athen wird die Untersuchung über die Ermordung des Königs Georg in einigen Tagen abgeschlossen sein. Die Akten gehen dann an das Kriegsgericht, das den Verhandlungstag festsetzen wird. — Nach einer französischen Blättermeldung aus Madrid wurden in Valencia in einer von Katholiken abgehaltenen Versammlung aus einer Gruppe von Radikalen auf mehrere Franziskanermönche Revolverschüsse abgegeben. Die Mönche wurden schwer verletzt. — In Washington verlautet, daß Japan, falls der Streit um die Landbesitzfrage in drei Monaten nicht beigelegt sei, beantragen werde, sie dem Haager Schiedsgericht vorzulegen. — Wie aus Tokio berichtet wird, hat die japanische Regierung bei den Kawasaki und Mitsubishi Werften und in Yokosuka Aufträge für den Bau von drei Dreadnoughts erteilt. — Der englische Gesandte in Mexiko hat dem Präsidenten Huerta die Anerkennung der englischen Regierung mit einem Handschreiben König Georgs überreicht. — Nach einem Telegramm der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Teheran ist der Vorschuß von 400 000 Pfund Sterling am Sonnabend dem Schatzmeister ausgehändigt worden, und zwar, soweit bekannt, ohne besondere Bedingungen.

Anschlag auf den Großherzog von Baden.

Aus Mannheim, 4. Mai, wird amtlich gemeldet: Heute nachmittag 3 Uhr bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof zum Rennplatz sprang auf das Trittbrett des Wagens des Großherzogspaares ein gewisser Jung, arbeitsloser Tapezierer aus Ottersdorf (Amt Rastatt), in Mannheim wohnhaft, wurde aber durch den Großherzog zurückgestoßen und sofort verhaftet. Der Großherzog ist unverletzt. Im Besitz des Jung fand sich ein gewöhnliches Taschenmesser. Jung ist Anarchist und wollte angeblich ein Attentat auf den Großherzog verüben. Untersuchung ist durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet.

Weiter eingetroffene Meldungen besagen:

Als der Großherzog von Baden, Mittags von Karlsruhe kommend, am Hauptbahnhof seinen Wagen bestieg, um zum Rennen zu fahren, sprang ein unbekannter Mann auf das Trittbrett des Wagens mit einem kleinen offenen Messer in der Hand. Der Großherzog stieß den Mann zurück, der darauf verhaftet wurde, und setzte den Weg zum Rennen fort. Der Verhaftete soll, wie die „Neue Badische Landeszeitung" mitteilt, geisteskrank sein. Bei dem Anschlag auf den Großherzog befand sich die Großherzogin an seiner Seite im Wagen. Der Täter ist ein 43jähriger Arbeiter, namens Jung.

Der Großherzog ist am Nachmittag in Mannheim geblieben und gedenkt am Abend einer Vorstellung von „Carmen" beizuwohnen.

Mannheim, 4. Mai. Zu dem tätlichen Angriff auf den Großherzog von Baden teilt die „Neue Badische Landeszeitung" noch folgende Einzelheiten mit: Ueber den Hergang des Ueberfalls hat der Großherzog zu seiner Umgebung geäußert, selbst habe er nicht wahrgenommen, daß der Mann ein Messer in der Hand gehabt habe. Der Angreifer sei auf das Trittbrett des Wagens gesprungen und habe versucht, ihn an der Brust zu fassen. Der Großherzog habe ihm dann mit dem Säbelknauf einen Stoß unter das Kinn versetzt, sodaß er rücklings vom Wagen fiel. Das Publikum stürzte sich auf den Angreifer und wollte an ihm sofort Justiz üben, was aber die Polizei durch die Verhaftung des Täters verhinderte. Der Verhaftete gab verwirrte Auskünfte. U. a. erklärte er, er